

Eine Region kämpft um den Anschluss

Verkehrspolitiker wollen den ÖV-Ausbau mit millionenschweren Vorschüssen ermöglichen

MICHAEL ROCKENBACH

Es waren ganz neue Töne, die von Baudirektor Jörg Krähenbühl (SVP) zu hören waren: Die beiden Basel müssten dringend Vorfinanzierungen prüfen, um den ÖV-Ausbau zu beschleunigen. Eine Aussage, auf die die Verkehrspolitiker der Region offenbar schon lange gewartet haben. Stark umstritten ist aber eine Erhöhung der ÖV-Tarife.

Nein, nein und nochmals nein: Der Baselbieter Baudirektor Jörg Krähenbühl schloss in der Vergangenheit mehrfach kategorisch aus, dass der Kanton Baselland dem Bund und den SBB Geld für Bahnprojekte in der Region vorschiesst. Den gleichen Standpunkt vertrat sein Basler Amtskollege Hans-Peter Wessels (SP). Vorfinanzierungen seien «unschön», sagte er noch vor einem Monat.

Andere Kantone verfolgen schon seit längerem eine pragmatischere Linie (vgl. Text rechts). Sie leihen dem Bund Hunderte von Millionen und siehe da: Plötzlich geht es vorwärts mit den Grossprojekten. Das hat nun auch Krähenbühl zum Nachdenken gebracht. Im BaZ-Interview vom Samstag kündigte er überraschend einen Kurswechsel an: «Wir müssen bei allen anstehenden Grossprojekten Vorfinanzierungen prüfen, sonst geraten wir ins Hintertreffen.» Dafür zahlen sollen nach sei-

ner Ansicht vor allem auch die ÖV-Benutzer. Zusätzlich zum ÖV-Tarif sollen sie eine zweckgebundenen Abgabe zahlen.

«SEHR ÄRGERLICH». Ähnliche Überlegungen werden in Basel angestellt. «Es ist zwar sehr ärgerlich, aber wir kommen nicht darum herum, Vorfinanzierungen ernsthaft zu prüfen», sagt Wessels nun. Zurückhaltender äussert er sich zu Krähenbühls Finanzierungs-Vorschlag über die ÖV-Tarife. «Zum jetzigen Zeitpunkt will ich gar nichts ausschliessen», sagt er nur.

Eine neue Abgabe auf ÖV-Tickets und Abonnements ist offenbar ein heikles Thema. Vor allem linke und grüne Politiker können dieser Idee gar nichts abgewinnen. «Das S-Bahn-Angebot ist wichtig für die Entwicklung der gesamten Region, vor allem auch in wirtschaftlicher Hinsicht», sagt der Basler SP-Grossrat Jörg Vitelli. Darum wäre es ungerecht, die Kosten auf die ÖV-Nutzer abzuwälzen. Der Baselbieter SP-Präsident Martin Rüegg erklärt: «Wir brauchen mehr ÖV und trotzdem einen günstigen ÖV, der möglichst gut genutzt wird.» Eine Ansicht, die auch Bürgerliche vertreten. Elisabeth Schneider, Präsidentin der Baselbieter CVP-Fraktion: «Wir müssen noch mehr Pendler in die öffentlichen Verkehrsmittel bringen – mit

einem möglichst günstigen Angebot.»

WIDERSPRUCH. Eine Haltung, die im bürgerlichen Lager allerdings auch auf Widerspruch stösst. «Wer ein Angebot nutzt und ein besseres will, soll dafür bezahlen», sagt der Baselbieter SVP-Verkehrspolitiker Urs Hess, und sein Basler Parteikollege Toni Casagrande äussert sich ziemlich ähnlich. Rolf Richterich (FDP), Präsident der Baselbieter Bau- und Planungskommission, gibt ihnen recht: «670 Franken für ein Umweltschutz-Jahresabonnement – das ist viel zu billig», sagt er. «Damit die neue Infrastruktur gebaut werden kann, müssen die Nutzer stärker in die Finanzierung eingebunden werden.»

Deutlich weniger umstritten ist Krähenbühls Votum für Vorfinanzierungen. «Wenn der Bund jetzt kein Geld hat, müssen wir handeln. Sonst warten wir bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag», sagt der Grüne Michael Wüthrich, Präsident der Basler Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission. Und Richterich ergänzt: «Mit Vorfinanzierungen können die nötigen Projekte zweifels-ohne beschleunigt werden.» Unzufrieden ist man mit Krähenbühls Vorschlag nur in seiner eigenen Partei. SVP-Landrat Urs Hess: «Der Bund sollte nicht auf Pump planen und bauen, sonst fehlt das Geld irgendwann später für wichtige Projekte.»